
Antrag

der Fraktion Die Linke

BVG nicht weiter in die Krise stürzen – Keine Busspuren entfernen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, alle Handlungen zu unterlassen Bus-Sonderfahrstreifen ersatzlos abzuordnen. Die öffentlich bekannt gewordenen Pläne des Senats die Bus-Sonderfahrstreifen an der Otto-Braun-Straße und am Vorplatz des Bahnhofs Schöneweide an der B96a zu entfernen sind einzustellen. In der Abwägungsentscheidung sind gesicherte Radwege gemäß des Berliner Mobilitätsgesetzes zulasten von Fahrspuren und Parkplätzen für den motorisierten Individualverkehr einzurichten, damit der Vorrang des Umweltverbundes gewährleistet wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2024 zu berichten.

Begründung

Spätestens seit dem Fahrplanwechsel 2023/24 befindet sich die BVG in einer Krise. Personalmangel sowie unzureichende Beschleunigungsmaßnahmen (fehlende Busspuren sowie Vorrangschaltungen an Lichtsignalanlagen) im Oberflächenverkehr führen dazu, dass die BVG ihren mit dem Land Berlin vertraglich vereinbarten und abgestimmten Busfahrplan nicht mehr einhalten kann. Für die Busfahrerinnen und Busfahrer ist es in der hochverdichteten Stadt nicht mehr möglich ohne weiteres den Busfahrplan einzuhalten. Die Verlangsamung des Busverkehrs bedeutet im Umkehrschluss einen höheren Personaleinsatz im Busbereich, den die BVG weder kurz- noch mittelfristig gewährleisten kann. Der strukturelle Mangel an Fahrerinnen und Fahrer macht sich bundesweit bemerkbar. Auch der Stress und die Benachteiligung im Verkehr führen dazu, dass Fahrerinnen und Fahrer das Unternehmen verlassen.

Die Folgen sind Ausdünnungen des Linientaktes um sechs Prozent, bis eine Stabilisierung des Personalkörpers erreicht ist. Weitere Einschränkungen sind nicht ausgeschlossen. Das Land Berlin kann in der Gesamtschau auf absehbare Zeit dementsprechend das vertraglich abgesicherte Angebot für die Fahrgäste, gerade in den Außenbezirken, nicht mehr leisten. Auch nach Aussagen der BVG, u.a. im Mobilitätsausschuss des Berliner Abgeordnetenhaus, ist zeitlich noch nicht absehbar wann die Rückkehr zum Normalbetrieb im Buslinienverkehr erreicht werden kann. Hier müssen nun verschiedene Personalmaßnahmen mit Maßnahmen der Beschleunigung des Busverkehrs ineinandergreifen. Umso befremdlicher wirken nun die nicht mit der BVG abgesprochenen Maßnahmen des Senats Bus-Sonderfahrstreifen, die den Busverkehr beschleunigen sollen, zu entfernen. Aufgrund der unsicheren Rechtslage und der ausstehenden Novellierung der Straßenverkehrsordnung sieht der Senat aktuell davon ab neue Bus-Sonderfahrstreifen einzurichten. Hinzu kommen Abordnungen von Bus-Sonderfahrstreifen, die beklagt wurden. Dies fand in der Vergangenheit sogar die Unterstützung von Abgeordneten der Partei, die aktuell das Ressort für Verkehr und Mobilität verantwortet.

Nun will dieser Senat darüber hinaus sogar Beschleunigungsmaßnahmen für den Bus, die weder beklagt wurden noch neu angeordnet worden sind, zurücknehmen, um gesicherte Radwege errichten zu können. Der Senat betreibt so eine Kannibalisierung des Umweltverbundes, die dem Berliner Mobilitätsgesetz ausdrücklich widerspricht. Statt den Busverkehr, der die öffentliche Daseinsvorsorge und Teilhabe an Mobilität sichert, einzuschränken, sollte der Senat in der Abwägungsentscheidung den öffentlichen Raum zulasten fließenden und ruhenden motorisierten Individualverkehrs umverteilen. Das wäre aktuell sowohl an der Otto-Braun-Straße sowie in Schöneeweide möglich.

Der Senat steht in der Pflicht Verantwortung für die BVG als Unternehmen des Landes Berlin und damit auch für die Busfahrerinnen und Busfahrer zu übernehmen. Nicht zuletzt als Zeichen des Respekts für die Kolleginnen und Kollegen, die den Bus durch die Stadt lenken, sollte er alle Maßnahmen, die sich zum Nachteil des Unternehmens und des Personals auswirken, unverzüglich einstellen. Falls er das nicht macht, sollte Verkehrssenatorin Schreiner künftig alle öffentlichen Äußerungen unterlassen, dass sie erwarte, dass die BVG künftig den mit dem Land Berlin geschlossenen Verkehrsvertrag einhalte. Wer keine Verantwortung für die BVG übernimmt, sollte der BVG und den Beschäftigten keine Ratschläge mehr erteilen.

Berlin, den 27.02.2024

Helm Schatz Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke